



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Haushaltsausschuss

2011/2071(INI)

18.7.2011

STELLUNGNAHME

des Haushaltsausschusses

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

zum Europäischen Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung
(2011/2071(INI))

Verfasser der Stellungnahme: László Surján

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Haushaltsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass der EU-Haushalt gemäß den Verträgen im Mitentscheidungsverfahren vom Europäischen Parlament und vom Rat beschlossen wird und dass die nationalen Haushaltsverfahren der Verfassungsordnung des einzelnen Mitgliedstaates unterliegen; in der Erwägung jedoch, dass eine stärkere haushaltspolitische Koordinierung nicht gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt;
 - B. in der Erwägung, dass mit dem Europäischen Semester zwei Ziele verfolgt werden: die Überprüfung der Einhaltung der Haushaltsdisziplin durch die Mitgliedstaaten und gleichzeitig die Überwachung der ordnungsgemäßen Ausführung der Strategie Europa 2020 durch die Absicherung der für ihre Umsetzung erforderlichen Finanzmittel;
 - C. in der Erwägung, dass der gemeinsame Markt, der die europäischen Volkswirtschaften so erfolgreich zusammengeführt hat, mit einem System der haushaltspolitischen Koordinierung verbunden werden muss, um beträchtliche Synergieeffekte nutzen zu können;
 - D. in der Erwägung, dass das Scheitern der Lissabon-Strategie im Wesentlichen darauf zurückgeführt werden kann, dass es kein eindeutiges Verfahren zur Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch alle betroffenen Akteure gegeben hat; in der Erwägung, dass deshalb unbedingt die richtigen Lehren gezogen werden müssen, um den Erfolg der Agenda Europa 2020 sicherzustellen;
1. erinnert daran, dass eine gebührende Berücksichtigung der Finanzierung der Zielvorgaben der Strategie Europa 2020 in den jährlichen Haushaltsplänen der EU und der Mitgliedstaaten gewährleistet werden muss; unterstreicht, dass der einfachste, demokratischste, europäischste und effizienteste Weg zur Verwirklichung dieses Zieles darin besteht, zu Beginn eines jeden Europäischen Semesters eine interparlamentarische Debatte über die gemeinsamen haushaltspolitischen Leitlinien der Mitgliedstaaten und der Union zu organisieren; ist der Auffassung, dass eine solche Debatte dabei helfen würde, doppelt vorhandene Strukturen beträchtlich abzubauen, und gleichzeitig den Mitgliedstaaten erlauben würde, in ihren Haushaltsentwürfen der europäischen Dimension stärker Rechnung zu tragen, und gleichzeitig dem Europäischen Parlament die Möglichkeit gäbe, die nationalen Belange besser zu berücksichtigen;
 2. verweist auf die wichtige Rolle des EU-Haushalts bei der Finanzierung der Agenda Europa 2020, für die jährlich mehr als die Hälfte der Gemeinschaftsmittel zur Verfügung gestellt werden; stellt jedoch fest, dass in Anbetracht des Inhalts der prioritären Maßnahmen und der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten die Finanzmittel für diese Strategie größtenteils aus den nationalen oder regionalen Haushalten kommen sollten; zieht daher die Schlussfolgerung, dass bei dem Teil des Verfahrens des Europäischen Semesters, in dem es um die Umsetzung der Agenda Europa 2020 geht, sowohl der EU-Haushalt als auch die nationalen Haushalte Berücksichtigung finden müssen;

3. hält den Mangel an Klarheit und die Überschneidungen bei den verschiedenen Instrumenten und Haushaltslinien, mit denen die Zielvorgaben der Strategie Europa 2020 über den EU-Haushalt verwirklicht werden sollen, für bedauerlich; verweist darauf, dass das Europäische Semester eine gute Gelegenheit bietet, eine größere Synergie zwischen den Haushaltsplänen der EU und der Mitgliedstaaten zu entwickeln;
4. verweist darauf, dass mehrere Ausschüsse des Europäischen Parlaments auf eine bereits seit langem bestehende Tradition der Organisation interparlamentarischer Sitzungen mit nationalen Vertretern zur Erörterung von – unter anderem - Haushaltsthemen, die sowohl für die EU als auch für die Mitgliedstaaten von Relevanz sind, zurückblicken können; fordert die zuständigen parlamentarischen Ausschüsse auf, dafür Sorge zu tragen, dass ihre interparlamentarischen Sitzungen, die das Europäische Semester zum Gegenstand haben, in koordinierter Form stattfinden; verweist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Notwendigkeit, dafür Sorge zu tragen, dass es eine klare, strukturierte und kontinuierliche Weiterbehandlung und einen Austausch von Informationen mit den nationalen Parlamenten gibt;
5. unterstreicht die ausschlaggebende Rolle der Kohäsionspolitik als einem der Schlüsselinstrumente für die Umsetzung der Strategie Europa 2020 aufgrund ihrer haushaltsspezifischen Dimension und des Mehrebenenansatzes bei der Governance; fordert eine klarere Bestimmung von möglichen Synergien in diesem Politikbereich, der in den Prozess des Europäischen Semesters einbezogen werden könnte;
6. fordert die Kommission auf, dem Parlament ihren Jahreswachstumsbericht vorzulegen und die Organisation dieser interparlamentarischen Orientierungsdebatte durch einen gemeinsamen Rahmen wirtschaftlicher und finanzieller Vorausschauen zu unterstützen, die überall in der Union berücksichtigt werden sollten.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	13.7.2011
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 30 -: 2 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Damien Abad, Alexander Alvaro, Andrea Cozzolino, Göran Färm, José Manuel Fernandes, Eider Gardiazábal Rubial, Salvador Garriga Polledo, Jens Geier, Ivars Godmanis, Estelle Grelier, Carl Haglund, Lucas Hartong, Jutta Haug, Monika Hohlmeier, Sidonia Elżbieta Jędrzejewska, Anne E. Jensen, Jan Kozłowski, Alain Lamassoure, Giovanni La Via, Barbara Matera, Claudio Morganti, Miguel Portas, Dominique Riquet, László Surján, Angelika Werthmann
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	François Alfonsi, Maria Da Graça Carvalho, Frédéric Daerden, Roberto Gualtieri, María Muñoz De Urquiza, Theodor Dumitru Stolojan
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Gabriel Mato Adrover